

Neuschöpfung des Deutschen Reiches

(9/1992)

Trügt mein politisches Vorgefühl nicht gänzlich, dann wird die BRD das Jahr 2000 nicht mehr erleben. Restbestände anarchistischen Denkens aus dem Geiste der 68er haben fast alle Teile des Staatswesens, besonders aber sein Bildungswesen und die veröffentlichte Meinung, durchdrungen. Zwar hat es den von Rudi Dutschke ausgerufenen Marsch durch die Institutionen (Mussolinis Marsch auf Rom nachempfunden) nicht gegeben, gleichwohl haben alle Instanzen bis hinauf zum Staatsoberhaupt und zum Verfassungsgericht 68er Ideologiesäfte aufgenommen. Der BRD-Staat hat aus Mangel an ideologischer Eigenleistung Abwehrschwäche erworben. Die Krankheit Aids endet tödlich, und ein schneller Tod verringert die Ansteckungsgefahr, die von dem erkrankten Staat ausgeht.

Die innere Spaltung zwischen West- und Mitteldeutschland wird sich weiter vertiefen. Die geschichtliche Schuld tragen jene Deutschen, die vermeinen, eine Staatsteilung überwinde man durch Auflösung nur eines Teilungsstaates. Der Beitritt der DDR zur BRD überwand einen Teil der deutschen Staatsteilung durch Auflösung des einen und Ausdehnung eines anderen Teilungsstaates.

An den Folgen zweier böser Taten wird die BRD zugrunde gehen. Die erste böse Tat war, sich als Teilungsstaat der Westmächte überhaupt gegründet zu haben; die zweite böse Tat dann, sich bei der Selbstauflösung des östlichen Teilungsstaates nicht ebenfalls aufzulösen. Das gesamte Staatsgebiet hätte umgehend dem rechtmäßigen Eigentümer, dem Deutschen Reich, zurückgegeben werden müssen.

Die DDR war im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz ein reiner Pflegefall für die BRD, deren eigenes Siechtum aber schwerlich noch eine Pflegerin finden wird. Die restliche Staatsräson der BRD heißt also: es muß rasch gestorben werden, damit das Reich kraftvoll wiederauferstehen und die Übel der Versailles-Jalta-Epoche gründlich beseitigen kann.

Siechtum und Tod ist das derzeitige Erscheinungsbild aller Versailles-Staaten, Pflegefall-Versicherung das letzte Reform-Thema der BRD-Gesellschaft. Die Welt der Sieger des 20. Jahrhunderts ist innerlich wie äußerlich an ihr Ende gelangt. Weder Wille noch Fähigkeit zur Gestaltung der Gegenwart und Zukunft ist zu erkennen. Die Volksherrschaft ist zur Pöbelherrschaft entartet, das organisierte Verbrechen aller Nationalitäten greift nach den Finanzen und nach der Macht in Deutschland. Es erscheinen die Kraßheiten und Verrücktheiten einer typischen Endzeit.

Der Sinkflug der BRD hat begonnen. Ihr Aufschlagpunkt am Boden der Wirklichkeit

liegt genau dort, wo die Folgen von EG-Maastricht (dem anti-deutschen Gegenreich) mit den Wirkungen der Einwanderungsideologie amerikanischen Ursprungs zusammenstoßen. Dann verschlechtern sich die Lebensbedingungen in der BRD rasch. Das trifft nicht mehr nur die deutsche Unterschicht, die einfachen Arbeiter, die Arbeitslosen, die Sozialrentner und die Sozialhilfeempfänger, sondern besonders die wohlhabende breite Mittelschicht des deutschen Volkes. Dann wird die Verausländerung allgegenwärtig sein und nicht nur der levantinische Tavernenwirt den deutschen Gastwirt und der türkische Gemüsehändler den deutschen verdrängt haben, sondern auch der griechische Anwalt und der portugiesische Zahnarzt an der Niederlassung in Deutschland nicht zu hindern sein.

Daß größtes Unrecht Gesetz werden kann, hat das 20. Jahrhundert mehrfach bewiesen. Der Versuch der Bonner Regierung, Souveränitätsrechte des deutschen Volkes mitsamt seiner Nationalwährung in Brüssel abzuliefern und das eigene Volk als melkbare Minderheit in einem kontinentalen Bevölkerungskonglomerat aufgehen zu lassen, ist das *absolute politische Unrecht* einer Regierung an ihrem Volk; es ist politischer Ethnozid, der nur noch vom physischen Genozid übertroffen wird. Zusammen mit kommunalem Ausländerwahlrecht würde ein dem nationalen Wahlrecht übergeordnetes Europa-Wahlrecht, das eine (französische) Euro-Bürokratie legitimiert, die mit dem Grundsatz "Europarecht bricht Bundesrecht" bewaffnet ist, die Deutschen unrettbar in die Zange nehmen und zur Ohnmacht im eigenen Lande, in der eigenen Gemeinde verurteilen.

Ogleich die öffentliche Meinung durch die veröffentlichte weitgehend verfälscht wird und unserem Volk vom vereinigten Parteiensystem der Wille geknebelt ist, bleibt deutlich erkennbar, daß der Souverän unter gar keinen Umständen mit der Selbstauflösung von Volk und Staat der Deutschen und auch nicht mit der (von oben geförderten) Landnahme durch fremde Völkerschaften einverstanden ist.

Parteien, Medien und Kirchen, die die Staatsauflösung und Verausländerung Deutschlands so energisch betreiben, stehen in offener Rebellion gegen den Souverän, das deutsche Volk. Diese *Rebellion der Privilegierten* geht auf Kosten der kleinsten und schwächsten Glieder des deutschen Volkes: der Arbeitslosen, denen die Verausländerung des Arbeitsmarktes die letzte Beschäftigungschance raubt, der alten und einkommensschwachen Mieter, die aus den Fremdenghettos der Großstädte nicht wegziehen können, der deutschen Kinder, die der Staat in "multikulturelle" Schulklassen und vielerorts schon in die Rolle der terrorisierten rassischen Minderheit hineinzwingt. Ebenso leidet der kleine Mittelstand unter der Verausländerung des Dienstleistungssektors, denn jede Pizzeria ist eine vernichtete oder verhinderte deutsche Existenz.

Die BRD wird schon deshalb untergehen, weil ihre Regierung sie in den Vereinigten Staaten von Europa aufgehen lassen will. Ein vitales Interesse an Europa haben aber nur kleine Habenichtsvölker wie die Iren, Polen oder Portugiesen und ansonsten die Mafia und die multinationalen Konzerne. Absehbar ist, daß der als Volk überlebenswillige Großteil der Deutschen wie der funktionswillige Teil des Staatsapparates gegen den Parteienstaat Notwehr anwenden und seine verfassungsetzende Gewalt gebrauchen wird.

Die Europa-Idee war gegen die Reichsidee konzipiert. Scheitert die Europa-Idee, bleibt nur die Reichsidee. Deren Kern war immer das *regnum teutonicum*, das Deutsche Reich als Nationalstaat der Deutschen, zu dem die anderen europäischen Nationen in ein engeres oder weiteres Beziehungsgeflecht rein außenpolitischer Art treten und so den völkerrechtlichen Großraum Europas in organischer Weise herausbilden, oder es auch sein lassen.

Kurzfristig, in der Wende und einige Zeit danach, kann das Deutsche Reich noch mit einem vom Volk gewählten Reichspräsidenten und dem Notstandsartikel der gültigen Weimarer Reichsverfassung regiert werden; mittelfristig müssen die Deutschen eine Reichsordnung finden, in der die kapitalistische Entartung unseres Gemeinwesens so zuverlässig verhindert wird, daß sie niemals wieder in die kommunistische Entartung umschlagen kann. Die Neuschöpfung des Deutschen Reiches bis hin zu Reichsverfassungsentwürfen erörtern ausgiebig die von Hans-Dietrich Sander herausgegebenen *Staatsbriefe*. Die *Staatsbriefe* sind die geistig anspruchsvollste Zeitschrift, über die das nationale Lager in Deutschland verfügt.

Die Debatte zu den Verfassungsgrundsätzen der Reichserneuerung ist dahin gediehen, daß das Staatsoberhaupt vom Volk unmittelbar gewählt wird und den Kanzler einsetzen und entlassen darf, daß Parteien und Parlament auf Gesellschaftspolitik beschränkt sind, daß die Regierung immer eine Programmregierung aus Fachbeamten ist und das Erlaßrecht für Gesetze und Verordnungen hat. Insbesondere aber soll die Frage der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Gesetzgebungskompetenz auf regionale Verwaltungen ein Teil des jeweiligen Regierungsprogramms sein, damit das Reich eine *programmierbare Verfassung* bekommen. Mit der Reichsdebatte ist jedenfalls auch die Verfassungsdebatte eröffnet.

Eine organische Reichsordnung würde den Liberalismus und seine Tendenz der Einzelung in der Massengesellschaft durch Neueinrichtung von Aufgabenständen im Gesamtverband der Staatsbürger aufheben. Die Reichsdeutschen sollen eine wirkliche Eidgenossenschaft bilden, indem der "geborene Staatsbürger" abgeschafft wird und an seine Stelle der freiwillige Eintritt in die Reichsbürgerschaft durch Wehrdienst und Staatsbürgereid tritt. Mit einer Neufassung des Grundrechtes als Recht

auf ein Mindestgrundstück und des Menschenrechts als Rechtssubjektivität sind auch die entscheidenden Kampfbegriffe der liberalen Welteinheitsideologie zerstört und das Proletariat abgeschafft.

Völlig offen ist gegenwärtig noch die Frage nach der Theologie des Reiches.